

Zösener Zeitung.

Neunziger Jahrgang.

Annoncen.
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17.)
bei G. L. Ulrich & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei g. Streissland,
in Wieseritz bei Ph. Matthias,
in Wreschen bei J. Jädeboh.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Nr. 79.

Amtliches.

Berlin, 31. Januar. Dem Oberlehrer am Dom-Gymnasium zu Halberstadt, Dr. Willmann, ist das Prädikat Professor beigelegt worden. An dem Real-Progymnasium zu Wolgast ist der ordentliche Lehrer Mehnert zum Oberlehrer befördert worden.

Deutscher Reichstag.

43. Sitzung.

Berlin, 31. Januar. Am Tische des Bundesrathes Scholz, Dr. Lucius.

Präf. v. Levezow eröffnet die Sitzung um 12½ Uhr und heißtt mit, daß weitere Gaben für die Neubeschwerten am Rhein aus Amerika und mehreren kleinen deutschen Ditschafien an ihn eingesandt werden seien.

Der von dem Abg. Wölzel eingebaute Gesetzentwurf betr. die Stimmabstimmung für öffentliche Wahlen wird in dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

Darauf folgt die erste Berathung des Antrages Ackermann, wonach daß es den Lehrlingen den nicht zu einer Innung gehörigen Arbeitgebern durch einen Zusatzparagraphen zur Gewerbeordnung untersagt werden soll.

Abg. Ackermann: Der Reichstag hat im Jahre 1880 den Reichskanzler in einer Resolution erachtet, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Innungen das gesamte Aufsichtswesen über die Ausbildung der Lehrlinge überträgt. Als nun die Regierung diesen Beschluss ausführte, dachte sie nicht daran, daß der Reichstag sich dagegen erklären würde. Indes das geschah und mit 132 gegen 127 Stimmen lehnte der Reichstag die Bestimmung 3 des damals vorgelegten Entwurfes ab. Wenn ich nun diese Bestimmung hier wieder einbringe, so ist nicht ausgeschlossen, daß der Reichstag von 1883 von der Anschauung von 1880 zurückkommt. Denn die mit 152 gegen 102 Stimmen angenommene Resolution ließ über die Intentionen des Reichstags keinen Zweifel und der spätere Anschauungswechsel ist mir nicht erklärlich. Auch haben wir ja seit 1880 weitere Erfahrungen gemacht. In manchen Gegenden Deutschlands und auch in meinem Heimathland bat man angefangen, nach dem Gesetz von 1881 Innungen zu konstituieren. Da ist freilich buchstäblich eingetroffen, was der Abg. von Kleist und Neichenberger vorausgesagt, daß nämlich bald mit unvermeidlicher Macht die Zwangsinnung notwendig wird, wenn man der freien Innung nicht entsprechende Befugnisse verleihe wolle. Und jetzt verlangen die Handwerker von der Gesetzgebung den Innungzwang. Ich bin nun der Meinung, daß handwerksmäßige korporative Verbände geschaffen werden können, wenn man sich nur an die realen Forderungen hält und ihnen die Kraft gibt, ihre Aufgaben zu erfüllen. Es kann die Zeit kommen, in der obligatorische Innungen nötig sein werden, jetzt aber sind sie bei der herrschenden Passivität in Handwerkkreisen, nicht geeignet, gedeihlich zu wirken. Man wendet nun ein, was wir hier verlangen, sei ja die Zwangsinnung. Aber hier ist doch nur von dem Lehrlingswesen die Rede. Es handelt sich bei den Lehrlingen nicht bloß um ein Anlernen von Fertigkeiten, sondern auch um eine sittliche Heranbildung, die sich durch den Unterricht in Fachschulen nicht erreichen läßt. Wenn nun die Innung auf diesem Gebiete sich bewährt hat, wenn sie Alles in sich vereint, was an Kraft und wirtschaftlicher Vollkommenheit unter den Handwerkern vorhanden ist, warum soll dann dem Einzelnen, der nicht so viel Einsicht besitzt, der Innung beizutreten, und der dadurch den Zweifel aufkommen läßt, daß er das Lehrlingsverhältnis nicht richtig aufsaß, gefoltert seir, Lehrlinge zu halten? Nein, m. h. lassen Sie uns an die Arbeit gehen und thun, was notwendig ist, um auf den Handwerker in technischer und sittlicher Beziehung einzuwirken, damit er nicht aus den rubigen Baben der historischen Entwicklung gedrängt wird. Ist das denn so unmöglich, was wir verlangen? Man hat gegen uns nun die Fabriken und ihnen nahe stehende Werkstätten angeführt. Aber die Großindustrie hat selbst ein großes Interesse an der handwerksmäßigen Ausbildung der Lehrlinge. Auch können ja die Fabrikanten selbst Mitglieder der Innungen werden. Überhaupt soll ja die Verwaltungsbehörde erst gegebenenfalls zu entscheiden haben, ob es sich empfiehlt, der Innung das Recht einzuräumen, daß nur ihre Mitglieder Lehrlinge halten dürfen. Wer freilich der Behörde das Vertrauen nicht schenkt, auf welches sie Anspruch machen kann, der wird solche Bestimmungen ohne Weiteres zurückweisen. Ich habe aber das feste Vertrauen zu der deutschen Verwaltung, daß sie in diesen Fällen das Richtige treffen wird. Auch hat ja Seidermann das Recht zur Beschwerde an die Oberverwaltungsbehörde, und sind erst die Gewerbebehörden in ganz Deutschland eingeführt, dann wird es leicht sein, ihnen dies Entscheidungsrecht zu übertragen. Das mein Antrag als Richtig trifft, zeigt mir eine Resolution der Handwerker Frankens, welche angesichts dieses Antrages von einer Petition auf obligatorische Innungen abzusehen votieren. Folgen wir dem Vorgange des österreichischen Abgeordnetenhauses, welches die Forderungen der Handwerker noch viel weiter hinaus bewilligt hat, als wir verlangen, weil es eine soziale Notwendigkeit sei, den Kreis der Tätigkeit der Innungen zu erweitern. Folgen wir diesem Vorgange und thun wir das, worauf die Handwerker einen Anspruch haben. (Lebhafte Beifall rechts, anhaltendes Zischen links.)

Abg. Dr. Baumach: Meine Herren, ich kann den Antrag hier als einen reditivus begrüßen, wenn auch nicht mit besonderer Herzlichkeit. Denn ebenso wie Herr Ackermann noch auf seinem alten Standpunkt steht, so werden wir an unserer Standpunkte festhalten und gegen diesen Eingriff in die Gewerbefreiheit stimmen. Wir Liberalen sind nicht gegen die Innungen, soweit sie Genossenschaften sind, wir wünschen und fordern solche vielmehr. Wir glauben, daß die freie Innung die Aufgabe der obligatorischen voll und ganz zu lösen vermag, namentlich wenn der Handwerkerstand unterstützt wird durch das Kunstgewerbe, durch Handwerker- und Fortbildungsschulen und Gewerbevereine. Ferner wollen wir seiner Verwaltungsbehörde und mag noch so weise sein, Befugnisse einräumen, die mit dem Weise des Rechtsstaats in Widerspruch stehen, weil die Verwaltung durch feste Gesetze begrenzt und sich in den Angeln des Rechtes bewegen soll. (Zur Beifall links.) Die Innungen haben sich nicht bewährt, deshalb wollen Sie ihnen Konzessionen machen, damit sie sich bewähren sollen, während Sie ihnen Konzessionen erst gemacht werden sollen, wenn sie sich bewährt hätten. Ich glaube, daß der Antrag Ackermann, der uns die Zünfte zurückbringen will, nichts Anderes ist als ein Anachronismus. (Sehr

Donnerstag, 1. Februar.

Inserate 20 Pf. bis sechsgespalte Petizesse oder deren Raum, Namnen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Daube & Co., Haafenstein & Vogler, Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidenbank“.

1883.

wahr! links), weil die ganze Produktion sich so verändert hat, daß heute das Handwerk sich nur in der Sphäre der Individualität entwickeln kann. Da erinnere ich Sie an die Inschrift eines Glasermeisters auf der Nürnberger Gewerbeausstellung: „Dem Handwerk hilft kein Reichsstatut, — Wenn Subversion es macht kaput! — Da hilft kein sozialer Reid, — Da helfen ihm nur gute Leut“. (Lebhafte Beifall links.) Auch der Leiter dieser Ausstellung, dieser Vereinigung deutschen Fleisches mit seinem Geschmack, der Direktor des bayrischen Gewerbe-Museums, hat in einem Erlass ausdrücklich vor den zünftlichen Bestrebungen gewarnt. Das ist eine andere Autorität als Fürst Lichtenstein im österreichischen Abgeordnetenhaus. Trotz des Zolltarifs ist es mit dem Handwerk besser geworden, weil sich das Kunstgewerbe mehr und mehr entwickelt. Liegt etwa ein besonderer Reid, eine besondere Ehre darin, Lehrlinge auszubilden? Nein, die ganze Sache ist nichts als ein Egoismus einzelner Handwerker, die nur so billig wie möglich Arbeitskräfte bekommen wollen. (Sehr wahr! links.) Mit solchen Anträgen kann dem Handwerkstande nicht geholfen werden. Wenn Sie (zur Rechten) auf dem Boden der Kaiserlichen Botschaft stehen, glauben Sie denn, den sozialen Frieden mit solchen Mitteln zu fördern? Man sucht immer nach dem Patrimonium der Unterherrschen, ein solches war und ist vorhanden, es ist die Arbeitskraft des Einzelnen. (Beifall links, Widerspruch rechts.) Ich bitte, lehnen Sie den Antrag ab. (Lebhafte Beifall links, Zischen rechts.)

Abg. Frhr. v. Hertling: Diejenigen, welche den Antrag unterzeichnet haben, werden durch die Argumente des Herrn Vorredners nicht anderen Sinnes geworden sein. Es muß unser Bestreben sein, den gewerblichen Mittelstand zu erhalten, aus dieser Absicht ist die Novelle zur Gewerbeordnung vom 18. Juli 1881 entstanden, und diesem Ziele strebt auch der Ihnen vorliegende Antrag Ackermann zu. Ich erkenne an, daß es auch andere nützliche Assoziationen für den Handwerker gibt, aber die kräftige und werthvolle ist eine starke Innung, deren Wiederherstellung und Kräftigung wir mit allen Kräften erstreben. Gewiß braucht der kräftige, leistungsfähige Produzent die Innung nicht, er kommt auch ohne sie durch. Aber nicht für diese leistungsfähigen, sondern gerade für die schwächeren Handwerker sind die Innungen notwendig, und in deren Interesse verlangen wir sie. (Hört! hört! links.) Es wird nun auf den möglichen Missbrauch hingewiesen, welcher durch Annahme unseres Antrages ermöglicht würde, aber hier wird viel übertrieben, und ebenso ist es unbegründet, daß wir der Polizei eine zu große Macht einräumen gemüht sind. Man darf noch nicht annehmen, daß die Innungen sich gerade aus den unfähigsten Handwerkern zusammensetzen, sie werden vielmehr am besten wissen, was ihrem Gewerbe noth thut. Warum soll man denen, die Innungen nicht anerkennen, nicht untersagen, Lehrlinge zu halten? Darm vermögen wir keine Beschränkung zu finden, denn die Innungen sind nicht nur nötig und nützlich zur Förderung des Handwerks, sondern sie sind auch von stützlicher und erziehlicher Bedeutung für das ganze Volk. Ich bitte Sie darum, unserem Antrage zuzustimmen. (Lebhafte Beifall rechts und im Zentrum. Anhaltendes Zischen links.)

Abg. Walter (Sachsen, Fortschritt): Der Antrag ist nichts weiter als eine Rückkehr zu obligatorischen Innungen. (Sehr richtig; links) Wenn man sich aber auf das Zeugnis der Handwerker selbst beruft, so habe ich dagegen doch anzuführen, daß auf einem Handwerkertage in Bautzen sich für Zwangsinnungen nur 13 der kleinsten Innungen aussprachen, während einige 60 dagegen waren. Hierdurch dürfte man also einseitigen Wünschen einer kleinen Minderheit nicht nachgehen. Hätte im Jahre 1881 der Reichstag mehr Handwerker, und zwar tüchtige Fachleute in seiner Mitte gehabt, so wäre § 100e, Absatz 3 mit noch viel größerer Majorität verworfen worden. Nach Herrn Ackermann soll das neue Privilegium der Innungsmeister Zucht und Sitten unter den Lehrlingen haben und die Lehrlinge im Handwerk tüchtiger machen. Aber sind denn die Handwerksleistungen in den letzten 25 Jahren nicht ganz bewundernswert in die Höhe gegangen? hat nicht der Geschmack, die Solidität der Ausführung große Fortschritte gemacht, wie z. B. die Nürnberger Ausstellung gezeigt hat? — Die Annahme des Antrages würde einfach der Gewerbefreiheit ein Ende machen und das wäre ein Unglück für das deutsche Gewerbe und für das deutsche Volk. (Beifall links, Zischen rechts.)

Abg. Bohren (Freikonservativ): Die neuen Innungen sind gerade im Interesse der Lehrlinge gemacht, es sind Lehrlings-Erziehungsanstalten (Heiterkeit links); sie sollen die Lehrlinge den Einflüssen der Sozialdemokratie entziehen. In den alten Innungen mußten die Lehrlinge für die Meister arbeiten, in den neuen Innungen arbeiten die Meister für die Lehrlinge und noch der alte, schwache Meister leistet seinen Beitrag zum Wohle des Staates. Der Antrag Ackermann verlangt nur sehr wenig, er fordert das Mindeste, was der Innungsmeister zu fordern berechtigt ist in seinem schweren Kampfe um die Existenz. Alle Einnüsse, welche gegen den Antrag bis jetzt erhoben werden, sind nicht stichhaltig. Die Regelung des Lehrlingswesens ist im höchsten Sinne eine soziale Forderung und mit der Annahme des Antrages Ackermann machen wir einen bedeutenden Schritt zum sozialen Frieden und lassen uns durchaus keinen Eingriff in die gewerbliche Freiheit zu Schulden kommen. Wenn das Handwerk seinen goldenen Boden wieder gewinnen, wenn dem Handwerk wieder geholfen werden soll, wenn das Handwerk im Stande sein soll, den Kampf gegen den Großbetrieb zu führen, dann muß man die Handwerks-Assoziationen, die Innungen stärken. Der Assoziation des Kapitals habe man kein Hindernis in den Weg gesetzt, man solle also auch dem Handwerk seines wiederholte ausgeprochenen und im Antrag Ackermann wiedergegebenen Wunsches erfüllen. (Beifall rechts.)

Abg. Köhl (Volkspartei): Die Herren (zur Rechten) kennen die Noth des Gewerbes nur vom Hörensagen. Ich werde mich aber bitten, Ihnen zuzurufen, wie gestern Abg. v. Winnigerode „Kommen Sie heraus mit Ihren gewerblichen Kenntnissen“. Wir haben vollständig genug davon. (Heiterkeit.) Die Herren lieben es, die Noth des Kleinhandwerks mit möglichst düsteren Farben zu malen, damit sich ihre Belügungspläne desto effektvoller abheben. Es ist in der That richtig, daß sich der Handwerkerstand in schlimmer Lage befindet, weil der Kapitalismus ihn zu sehr überwuchert. Allein mit den zur Abhilfe vorgeschlagenen Mitteln kann ich nicht einverstanden sein. Durch die Gesetzgebung von 1881 ist in mancher Hinsicht berechtigten Wünschen der Handwerker Genüge geschehen, man sollte aber nun in der Gesetzgebung einen Rubepunkt eintreten lassen. Wenn sich die Handwerker weniger an der Bildung von freien Innungen beteiligen, so liegt das zum größten Theile an der Agitation derjenigen, welche die freien Innungen nicht aufkommen lassen wollen, weil sie die obligatorischen erstreben. Auch jetzt versucht man wieder, unter falscher Flagge auf

die Bildung obligatorischer Innungen hinzusteuern. Es sollen nach dem Vorschlag Ackermanns diejenigen, welche sich der Innung fernhalten, mit einer Ehrenstrafe belegt werden, da bleibt den Gewerbetreibenden, wenn sie billige Arbeitskräfte haben wollen, nichts Anderes übrig, als an der Innung Theil zu nehmen, selbst wenn sie mit keinem Punkte des Status einverstanden sind. Schließlich wird sich auch der Konkurrenzkampf in die Innungen ziehen, und ich bin überzeugt, daß die so gestalteten Innungen, falls der Antrag angenommen wird, bald abgewirtschaftet haben werden. Wenn Sie wirklich der Noth des Handwerks abhelfen wollen, so halten Sie an dem Gesetz vom 21. Juli 1881 fest. Die einzige Hilfe ist die Organisation von Gewerbsgenossenschaften und die Herausbildung der dreijährigen Dienstzeit, die jungen Handwerker zwingt, ihre beste Zeit und Jugendkraft in der Kaserne zu verbummeln. Vor allen Dingen aber verschonen Sie (zur Rechten) uns mit Rezepten, die, wie das vorliegende, die Rechtsgleichheit verlegen. (Beifall links.)

Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Für den Antragsteller nimmt das Schlusswort Abg. v. Kleist-Nebel w. Derselbe befürwortet nachdrücklich die Annahme des Antrags, welcher wesentlich dazu beitragen werde, das niedergedrückte Handwerk zu heben. Kräftige Innungen würden auch einen vorzüglichen Damm bilden gegen die überhandnehmende Sozialdemokratie. Der einzelne Arbeiter könne sich nicht von dem Druck des Kapitals frei machen, dazu sei die Assoziation der Kunst erforderlich. Die Sache lasse sich aber nicht mit einem Schlag machen, man könne nicht mit einem Sprunge in das Land der Glückseligkeit kommen, wie es die Liberalen den Handwerkern in Aussicht stellten. Deshalb sei er auch nicht für obligatorische Innungen, weil erst durch freiwillige Organe die nötige Einheit auf dem Gebiete des Handwerks geschaffen werden müßte. Aber man müsse die freien Innungen auch so gestalten, daß sie das leisten, was das Handwerk von ihnen erwartet. Das sei aber nicht der pekuniäre Vortheil der Einzelnen, sondern eine innerliche Verbindung der Gemeinsamkeit und eine Aufbesserung der allgemeinen Lage. Dazu gehört in erster Reihe die Überwachung der Lehrlinge. Das hierin die Innung ihre Befugnisse nicht überschreiten würde, dafür sorge die Aufsichtsbehörde, und diese würde in 99 von 100 Fällen die Stadtbörde sein, wie sie auch jetzt schon das Verhältnis zwischen Lehrling und Meister überwache. Das man den Innungsmitgliedern Reid unterlege, dagegen müsse er protestieren. Dessen soll das in Frage stehende Recht ja erst dann gewährt werden, wenn sie gezeigt, daß sie auf dem Gebiete der Lehrlingsausbildung etwas leisten. Es liege Alles daran, daß der Antrag vom Hause angenommen werde, wenn die Innungen etwas wirken sollten. Versammlungen abhalten und gegen die obligatorischen Innungen reden, helfe nichts, sondern man müsse dem Handwerker Arbeit und Organisation gewähren. (Beifall rechts.)

Das Haus tritt, da kommissarische Berathung von keiner Seite beantragt ist, sofort in die zweite Berathung des Antrages ein.

Abg. Dr. Böttcher: Der Abg. v. Kleist hat indirekt den Liberalen vorgeworfen, sie hätten kein Herz für das Handwerk. Glaubt denn der Herr, daß die ungeheure Gefahr, welche aus dem Kampfe zwischen Plutokratismus und Sozialismus hervorgeht, uns entgangen ist? Ebenso wie an der Erhaltung des Bauernstandes, haben wir ein Interesse an der Erhaltung des Handwerkstandes, und steht doch auf unserer Seite ein Schulze-Delitzsch. Aber gerade Sie (zur Rechten) haben Maßregeln zur Versöhnung des Gegenseitigen zwischen Kapital und Arbeit unmöglich gemacht. Haben wir doch 1881 der Novelle zur Gewerbeordnung zugestimmt; heute freilich können wir das dem Antrage Ackermann gegenüber nicht. Kein einziges neues Moment ist für den Antrag vorgebracht. Was soll mit dieser fortwährenden Beunruhigung durch die Gesetzgebung erreicht werden? Wenn man sich den Antrag näher ansieht, kann man doch nicht zugeben, daß er irgend etwas zur Lösung des Problems, den Handwerkerstand zu heben, beiträgt. Soll doch erst nach Jahren ein Urteil darüber möglich sein, ob einer Innung das Recht verliehen werden könnte, selbst zu bestimmen, wer Lehrlinge halten darf oder nicht. Und eine solche Bestimmung soll das Ende des Handwerkstandes befeitigen? Der Antrag muss sogar verderblich wirken, weil er nur eine Vorbereitung zu den obligatorischen Innungen sein soll. Mit Hilfe des Zwanges werden wir nur den Geist der Unzufriedenheit nähren; überall soll die Staatshilfe eingreifen, nirgend will man sich selbst helfen. Wenn man wirklich helfen will, muß das Lösungswort für die Zukunft sein: Selbsthilfe! (Beifall links.)

Abg. Frhr. Langewirth von Simmer (Hannover, Wilder) spricht sich für den Antrag aus, obgleich er gewichtige Bedenken gegen denselben hat. Weil man indessen einmal von den so wohltätigen Genossenschaften abgegangen sei und dem Volle mit Versprechungen von Innungen und mit deren Einrichtung gegenübergetreten sei, dürfe man nicht auf halbe Wege stehen bleiben, sondern müsse den Innungen die Möglichkeit zu wirken gewähren.

Abg. Fr. v. Rohme (Sozialdemokrat) erklärt sich Namens seiner Parteigenossen gegen den Antrag. Von der rechten Seite werden jetzt gegen den Kapitalismus Vorwürfe geschleudert, wie sie die Sozialdemokraten früher nie wagen durften, ohne vor den Strafrichter gefordert zu werden. Aber darum glauben die Sozialdemokraten doch nicht an die Fürsorge der Konservativen für den Arbeiter. Die reaktionäre Partei habe das Sozialistengesetz nur gebraucht, um in Bequemlichkeit immer neue Maßregeln, welche den Arbeiterstand deliken sollen, durchzusetzen. Darauf wird die Diskussion geschlossen und der Antrag, mit 170 gegen 148 Stimmen in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. Tagesordnung: Interpellation Ausfeld, betreffend den Untergang der „Eimbra“; Stat.

Schlus 5 Uhr.

Politische Übersicht.

Posen, 1. Februar.

Der telegraphisch bereits signalisierte Artikel der halbamtl. „Prov.-Korr.“ über den Brief des Kaisers an den Papst lautet in seinem wesentlichsten Theile folgendermaßen:

Mit vollem Rechte wird von der inländischen und ausländischen Presse in diesem Schreiben eine hochwichtige Kundgebung erblieb. Dasselbe legt von Neuem Zeugnis ab von der steten Fürsorge unseres Königs für seine katholischen Untertanen und von seinen unablässigen Bemühungen zur Wiederherstellung des kirchlichen Friedens. Zugleich

ist dieses Schreiben auch ein Beweis dafür, daß die Regierung des Königs bei dem Oberhaupt der katholischen Kirche gleichen friedliebenden Gesinnungen zu begegnen hofft. Freilich ist, wie auch die Worte des Königs erkennen lassen, diesen friedliebenden Gesinnungen von Seiten der Kurie bisher nicht dasjenige Maß praktischer Betätigung gefolgt, welches erwartet werden könnte, nachdem der Staat aus seiner Initiative auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung die unter den gegebenen Umständen möglichen Erleichterungen in seinem Verhältnisse zu der katholischen Kirche hat eintreten lassen. Selbst den Bestrebungen der Staatsregierung, die Wege zur Wiederbesetzung der vielen erledigten geistlichen Stellen vorzubereiten, hat seiner Zeit das Entgegenkommen gesetzt, und es ist in frischer Erinnerung, daß die hierauf bezügliche Vorlage, welche früher ausgesprochenen Wünschen der Kirche in sehr wesentlichen Punkten Rechnung trug und namentlich den Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten für dieses Gebiet besetzen sollte, gerade an der Stelle seine Unterstützung fand, an welcher sie am ehesten hätte erwartet werden dürfen. Die Zuversicht, daß der direkte Meinungsaustausch zwischen den Trägern der beiden Gewalten in diesem bedeutungsvollen Punkte die von dem Könige hervorgehobene Annäherung zur Folge haben, und daß dieselbe zu einem Ausgleiche der widerstreitenden Anschauungen führen werde, welcher die Bürgschaft dauernder friedlicher Beziehungen zu gewähren im Stande ist, wird durch das Schreiben neu belebt. Die in demselben niedergelegte Überzeugung, daß eine solche Annäherung „noch mehr im Interesse der katholischen Kirche, als in dem des Staates liegen würde“, wird ebenso wie die Zusage, daß der König im Falle der Annäherung „die Hand dazu bieten könne, solche Gesetze, welche im Zustande des Kampfes zum Schutze freier Rechte des Staates erforderlich waren, ohne für friedliche Beziehungen dauernd notwendig zu sein, einer wiederholten Erröfung im Landtage unterzuhören zu lassen“, ihres Eindruckes nicht verfehlten, und auf die Entschlüsse der Kurie nicht ohne Einfluß bleiben können.“

In der letzten Sitzung der Wahlprüfungskommission des Reichstages ist beschlossen worden, die Beantwortung der Wahl des Abg. v. Colmar im Wahlkreise Czarnikau-Kolmar wegen angeblicher Wahlbeeinflussungen seitens der Distrikts-Kommissarien zu beantragen.

Das Resultat der Reichstags-Ersatzwahl im 1. Liegnitzer Wahlkreise hat leider den auf liberaler Seite gehofften Erwartungen nicht entsprochen. Nach offizieller Feststellung ist Staatsanwalt v. Nechtritz (deutsch-konserv.) mit 5747 von 11,300 abgegebenen Stimmen gewählt. Der Gegenkandidat, Graf Schack (nat.-lib.) erhielt 5531 St.

Die Mehrzahl der Mitglieder jenes technischen Beirates, welcher den Vertretern der Mächte bei der Donau-Konferenz zur Seite zu stehen haben wird, ist bereits in London eingetroffen. Unangenehm berührt ist man davon, daß gerade unmittelbar vor dem Zusammentreffen der Donau-Konferenz in der Leitung der auswärtigen Politik Frankreichs ein Provisorium eingetreten oder ein Wechsel bevorsteht. — Der Prinz von Wales hat sich plötzlich inognito nach Cannes begeben, wo gegenwärtig der Premier Gladstone seiner Gesundheit lebt. Die Reise des Thronfolgers ist durchaus geheim gehalten worden, nur wenige Personen in Cannes erfuhren von seiner Ankunft. Über den Zweck dieses ungewöhnlichen Besuches bei Gladstone ergeht man sich in vagen Spekulationen; es ist ungewiß, ob ein politischer oder persönlicher Beweggrund den Prinzen zur Reise veranlaßt hat.

Das provisorische Ministerium in Frankreich hat sich ominöser Weise mit einer veritablen Dynastie des neuen Ministerpräsidenten Fallières eingeführt. Am Schlusse der erregten Kammerdebatte am Dienstag über die Präsentations-Maßregeln brach der Herr Minister bewußtlos zusammen. In ersten Augenblide schien man einen Schlaganfall angenommen zu haben, denn man sprach von „Gehirn-Kongestionen“, bald stellte sich jedoch die Grundlosigkeit der Befürchtung heraus. Indessen scheint der Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Geschäfte noch nicht festzustehen. Die Nachrichten widersprechen sich hierin zum Theil. Die gegenwärtige Zusammensetzung des Konsells ist also folgende: Fallières, Präsident und, wie bisher, Minister des Innern, außerdem mit der interministeriellen Leitung der auswärtigen Angelegenheiten betraut; Devès, Justizminister; Tirard, Finanzminister; Hérisson, Minister der öffentlichen Arbeiten; Legrand, Handelsminister; Duvaux, Unterrichtsminister; Cochet, der Minister der Posten und Telegraphen, dem seine Stellung einem stillschweigenden Nebeneinkommen gemäß bisher unter jedem Ministerium belassen worden ist. Die Portefeuilles des Kriegs- und des Marineministers bleiben vorläufig noch in den Händen des Generals Billot und des Vize-Admirals Jauréguiberry, bis deren definitive Nachfolger ernannt sein werden. Über diese Besetzungen verlautet verschiedenes, doch nichts Definitives. Die Urtheile der Pariser Presse über das neue Ministerium, das nur der Rumpf des alten ist, gehen zumeist dahin, daß dasselbe ein „Liquidationsministerium“ sei. — Die Kammerdebatte über die Präsentations-Gesetze wird heute fortgesetzt werden.

Nach einem Telegramm aus Durban, den 31. v. M., ist Geteayo am Montag wieder als König des Zululandes eingesetzt worden. Shepstone verlas die Bedingungen der Wiedereinführung, welche die Unzufriedenheit mehrerer Häuptlinge hervorriefen.

r. Stadtverordnetenitzung

am 31. Januar.

Anwesend sind 31 Stadtverordnete, und zwar die Herren: Brodnits, Dr. Buski, Gański, Siebig, Fontane, Dr. Friedländer, Glakel, Herz, Kübel, Jasse, Kantorowicz, Kirsten, Klemme, König, Krenthal, Dr. Landsberger, Lange, Dr. Lebinski, Manheimer, Mich, Müller, Müsel, Orgler, Prausnitz, Dr. Nehfeld, Nötsch, Rosenthal, Schweiger, Türk, Victor, Siegler. Von Magistrats-Mitgliedern sind anwesend die Herren: Bürgermeister Herse, Stadträtin v. Ciechowski, Stadtbaurath Grüner, Jasse, Kantorowicz, Dr. Loppe, Rumpf. Den Vorsitz führt der Stadtverordnete B. Jasse.

Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, macht der Vorsitzende einige geschäftliche Mittheilungen. Danach haben sich die Fachkommissionen in folgender Weise konstituiert: Rechtskommission: Vorläufiger Stadtverordnete Orgler, stellvertretender Vorsitzender Stadtverordnete Alemme; Baulkommission: Vors. Stadtv. Orgler, stellvert. Vors. Stadtv. Prausnitz; Finanzkommission: Vors. Stadtv. Czapski, stellvert. Vors. Stadtv. Müsel; Schulkommission: Vors. Stadtv. Türk, stellvert. Vors. Stadtv. Türk, stellvert. Vors. Stadtv. Gerhardt. — Nach Mittheilung des

Magistrats hat der Intendant des V. Armee-Körpers, Wirklicher Geheimer Kriegsrath Grohmann, an den Magistrat unter dem 30. Dezember 1881 folgendes Anschreiben gerichtet: „Das Westphälische Füller-Regiment Nr. 37 hat im November v. J. bei dem Magistrat den Antrag gestellt, ihm die auf Grund des Gesetzes vom 25. Mai 1873 Seitens der Stadt Posen seit dem 1. Januar 1875 als Kommunalsteuer forterhobene Schlachtsteuer mit ihrem vollen Betrage, anstatt des bis zu letzterem Termine erhobenen Kommunalzuschlages von 50 Proz. der bisherigen Staatssteuer, zu verlängern. Der Magistrat hat den Antrag unter dem 9. November v. J. mit Bezug auf eine über diese Frage ergangene Entscheidung der hiesigen königl. Regierung abgelehnt. Die von letzterer angeführten Gründe erscheinen gegenüber der Allerhöchsten Kabinettsordnung vom 12. August 1824, welche die Befreiung der Militär-Speise-Anstalten von jeglichen Kommunalsteuern ausdrücklich auspricht, sowie nach den allgemeinen Rechts-Grundsätzen über die Auslegung von Privilegien, nach denen den städtischen gegen das den speisenanstalten verliehene zurückstehen muß, nicht zutreffend.“ Bevor nun in der bereiteten Angelegenheit weiter vorgegangen wird, erucht der Herr Intendant den Magistrat, die Sache nochmals in Erwägung zu ziehen. Der Magistrat hat hierauf erklärt, daß er bei seiner früheren Auffassung sieben bliebe, und glaubte, daß er, da § 4 der Städteordnung vom 30. Mai 1853, Abs. 4, die Befreiung der Militär-Speise-Einrichtungen und ähnlicher Anstalten von Verbrauchssteuern nur in dem bisherigen Umfang statute, die Schlachtsteuer zu einem höheren Betrage nicht zu erstatte brauche, als er bei Emanirung der Städte-Ordnung hierorts gezahlt wurde. Die Versammlung erklärt sich gemäß dem Vorschlag des Vorsitzenden damit einverstanden, daß weitere Anträge in dieser Angelegenheit Seitens des Magistrats zu erwarten seien, womit die Sache vorläufig erledigt ist. — Nach Mittheilung des Stadtv. Orgler hat sich die Firma Aird in Berlin, welche das Kanalisationssprojekt für die Stadt Posen geliefert hat, bereit erklärt, auf der Basis, daß für dieses Projekt gemäß dem Beschuß der Stadtverordnetenversammlung 7000 M. zu zahlen seien, einen Vergleich abzuschließen, auch die Legitimation nachzuweisen, daß sie allein zum Empfang dieses Betrages berechtigt sei. — Es wird hierauf in die Tagesordnung eingetragen.

Der Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten in der Stadt Posen pro 1882 ist der Versammlung zugegangen. Stadtv. Brodnits spricht den Wunsch aus: es möge künftig beabsichtigt werden, bei seinen Berichten ein Inhaltsverzeichnis anzufügen, auch in dem Abschnitte über die Vermögens- und Schulden-Verhältnisse der Stadtgemeinde eine Vergleichung mit den Vermögens-Verhältnissen im Vorjahr enthalten, und der wertvollste Bestand der Stadtgemeinde, die Gas- und Wasserwerke, nicht unter Immobilien, sondern unter einer besonderen Rubrik als städtische Anlage geführt werden. — Stadtverordneter Kirsten wünscht Auskunft darüber, aus welchem Grunde der Wert des Mobiliars im Rathause und in den städtischen Schulgebäuden in dem diesjährigen Berichte erheblich höher, als in dem vorausgegangen, angegeben sei, weshwegen ferner statt 95,000 Mark Posener Pfandbriefen im vorigen Jahre nicht lieber Russisch-engl. Anleihe, welche damals sehr hochstand, verkauft worden sei. — Nachdem Stadtverordneter Müsel hervorgehoben, daß der Verwaltungsbereich sehr sorgfältig ausgearbeitet sei, und die Versammlung dem Magistrat zum Dank dafür verpflichtet sei, beschließt die Versammlung auf Antrag desselben, die obigen Wünsche und Anträge dem Magistrat zur Neuerung zu überweisen.

Über die event. Erhöhung des Betriebsfonds der Kämmerei-Kasse berichtet Stadtverordneter Manheimer im Namen der Finanzkommission. In der vorigen Sitzung war bei Beurteilung über die Aufnahme eines Darlehens zur Deckung der am 1. Januar d. J. zu zahlenden Ausgaben etc. die Finanzkommission mit Erörterung der Fragen beauftragt worden: ob es erforderlich sei, den Betriebsfonds zu erhöhen, und aus welcher Veranlassung die Überschüsse der Gas- und Wasserwerke noch nicht an die Kämmerei-Kasse abgeführt seien. Wie nun Stadtverordneter Manheimer mittheilt, hat die Finanzkommission die Überzeugung gewonnen, daß, wie dies neulich schon Bürgermeister Herse erklärte, die Gas- und Wasserwerke im Sommer-Halbjahr viele Ausgaben und wenig Einnahmen haben, und letztere sich erst im Winterhalbjahr ergeben, und daß aus diesem Grunde an die Kämmerei-Kasse noch keine Überüberschüsse abgeführt worden seien. Was nun die event. Erhöhung des Betriebsfonds betrifft, so sei derselbe i. J. 1875 auf 90,000 M. festgesetzt worden. Erläuterungen bei den Magistraten anderer Städte gleichen Ranges haben ergeben, daß in manchen derselben ein Betriebsfonds vorhanden sei, in anderen dagegen nicht; und da nun der Zinsbetrag, welcher für die von der Kämmerei-Kasse bei mangelndem Betriebsfonds auf kurze Zeit aufzunehmenden Darlehen im vorigen Jahre nur ein geringer gewesen sei, so schlägt die Kommission vor, von der Erhöhung des Betriebsfonds für das nächste Jahr Abstand zu nehmen. — Nachdem Stadtv. Kantorowicz beantragt hat, den Betriebsfonds überhaupt nicht zu erhöhen, wird der Antrag der Kommission angenommen.

Von mehreren Stadtverordneten ist der Antrag gestellt worden, es möge am Racienski'schen Brunnen in der Wilhelmstraße ein Gas-Kandelaber errichtet werden, da jene Stelle, wo sich Wilhelms- und Friedrichstraße kreuzen, schlecht beleuchtet sei. — Stadtv. Müsel beantragt, die Versammlung möge sich mit der Errichtung dieses Kandelabers einverstanden erklären, insoweit dieselbe innerhalb des Städt. nicht aus dem Extraordinarium, ausführbar sei. — Stadtv. Brodnits beantragt dagegen, es möge erst abgewartet werden, welchen Einfluß auf die Beleuchtung jener Stelle die beiden in Aussicht genommenen Kandelaber an der Ecke des neuen Postgebäudes üben werden; und dieser Antrag wird von der Versammlung angenommen.

Gemäß dem Antrage der Wahlkommission, in deren Namen Stadtv. König berichtet, werden die Mitglieder der Kommissionen zur Einschätzung der juristischen Personen, Forenzen etc., der Einschätzungs-Kommission für die klassifizirte Einkommenssteuer und der Rollationen-Kommission für die juristischen Personen, Forenzen etc., pro 1883/84 gewählt.

Zum Mitgliede des Waisenrats wird, nachdem Stadtv. Siegler im Namen der Wahlkommission berichtet hat, an Stelle des Schloßmeisters Schild, welcher abgelehnt hat, der Verwalter Novicki gewählt.

Zu Mitgliedern der Deputation für die Verwaltung der städtischen Pfandleihanstalt werden auf Antrag der Wahlkommission, in deren Namen Stadtv. König berichtet, die Stadtverordneten König und Lange wiedergewählt.

Mit der Vermietung des im Stadtwaage-Gebäude gelegenen Ladens Nr. II., welchen bisher Herr Mannheim inne hatte, an Herrn Schabmann für 20 M. jährlich auf die Zeit vom 1. April 1883 bis Ende März 1885 erklärt sich die Versammlung, nachdem Stadtverordneter Czapski hierüber berichtet hat, einverstanden.

Zum Mitgliede der Sparkassen-Deputation wird auf Antrag der Wahlkommission, in deren Namen Stadtverordneter König berichtet, Stadtv. Lange wiedergewählt.

Zur Vergabe der Lieferung des Haubedarfs für die Befestigung der städtischen Markstalls hat ein Submissions-Termin angestanden, in welchem der Mindestfordernde 6 M. 95 Pf. pro 100 Kilogramm verlangte. Da dies Gebot dem Magistrat zu hoch erschien, so bat er unter der Hand sich nach einem billigeren Lieferanten umzusehen, und hat auch einen solchen gefunden, welcher für 6 M. 50 Pf. pro 100 Kilogramm zu liefern bereit ist; Magistrat beantragt, die Versammlung möge sich damit einverstanden erklären, daß an diesen Lieferung vergeben werde. Die Finanzkommission dagegen, in deren Namen Stadtv. Czapski berichtet, beantragt der Konsequenz wegen

Unberaumung eines neuen Submissionstermins, und dieser Antrag wird von der Versammlung auch angenommen.

Mit der Niederrößung des Buchdruckers Pawlikowski erhält sich die Versammlung einverstanden.

Über die Bewilligung einer Subvention für das St. Joseph-Kinder-Hospital pro 1883/84 berichtet Stadtverordneter Müsel. Danach hat der Vorstand dieses Hospitals, welches schon bisher eine alljährliche Beihilfe von der Stadtgemeinde erhalten hat, an die Versammlung das Gesuch gerichtet, auch für dieses Jahr eine Subvention von 500 M. zu gewähren. Der vorjährige Provinziallandtag hat der Anstalt, deren segensreiche Wirksamkeit er anerkannt hat, eine einmalige Unterstützung von 15,000 M. zur Erweiterung und eine jährliche Unterstützung von 3000 M. gewährt, und zwar unter der Voraussetzung, daß auch die städtischen Behörden wiederum 500 M. gewähren. Da die Tätigkeit der Anstalt eine sehr große sei, so empfiehlt sich die Gewährung der beantragten Subvention auch schon aus dem Grunde, weil dadurch der Armen-Stadt entlastet werde. Die Versammlung möge demnach das Gesuch dem Magistrat zur Berücksichtigung überweisen. — Stadtv. Dr. Friedländer macht dagegen geltend, daß die Stadtgemeinde die Pflicht habe, für arme Kräfte zu sorgen, und daß es demnach folgerichtig sei, die Sorge für das Kinder-Hospital der Privaten Wohlthätigkeit zu überlassen. — Nachdem die Stadtverordneten Lange und Dr. Landsberger die Gewährung der Subvention auch für dieses Jahr befürwortet haben, beschließt die Versammlung, das Gesuch um Unterstützung des Kinder-Hospitals dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

In Betreff der Niederschlagung eines von dem ehemaligen Kassenboten der Gas- und Wasserwerke, Riel, unter schlagenen Beträgen von 594 Marktheil-Stadtv. Müsel folgendes mit: Die von jenem Boten von Gas-Konsumenten eingesogenen Beträge beliegen sich im Ganzen auf 587 Mark 58 Pf. wovon 876 M. aus dem Vermögen des Boten gebettet worden sind, so daß noch 4991 M. als defekt übrig geblieben sind. Für diesen Defekt wird nun der betr. Kendant vom Magistrat informiert verantwortlich gemacht, als er an dem Tage, als der Defekt vorstammt, das Kassenlokal in Folge eingetretenen Unwohleins, ohne Urlaub zu nehmen und ohne für seine Stellvertretung genügend zu sorgen, verlassen habe, so daß der Kassenbote seine Absicht, die erhabenen Gelder abzuliefern, nicht ausführen konnte. Aus Billigkeitsrücksichten werde nun vom Magistrat der Antrag gestellt, von der defekten Summe in Höhe von 4991 M. 594 M. niederzuschlagen. — Nachdem der Referent diesen Antrag befürwortet hat, wird derselbe von der Versammlung angenommen.

Nachdem hiermit die öffentliche Sitzung 6 Uhr Abends ihr Ende erreicht hat, werden die übrigen Gegenstände der Tagesordnung (per sonliche Angelegenheiten) in geheimer Sitzung beraten.

Telegraphische Nachrichten.

Hamburg. 30. Januar. Der Senat schloß sich in der Zollanschlußfrage den Anträgen der gemischten Kommission des Senats und der Bürgerschaft an, welche das Projekt 12 zur Annahme empfahlen, und beantragte heute bei der Bürgerschaft die Genehmigung derselben. Nach diesem Projekt wird der Zollantrag, wie bereits früher gemeldet, mehr nach Norden verschoben, der unverfehrt zu laufende Wandrahm wird der Zollstadt einverlebt, dagegen wird der Lehrwieder und Brook demoliert und dem Freihafengebiet angeschlossen.

Kassel. 31. Jan. Die durch den Berggriff bei Alsbungen nothwendig gewordene Verlegung des Gleises der Bebra-Friedländer Bahn wird bis zum 5. Februar fertiggestellt und alsdann der regelmäßige Betrieb wieder eröffnet werden.

Wien. 31. Januar. Der Sektionsrat im Ministerium des Neufers, v. Plason, welcher dem Botschafter Grafen Karolipps als technischer Beirat für die Londoner Konferenz in der Donaufrage beigegeben wurde, ist mit Instruktionen versehen nach London abgereist.

Wien. 31. Januar. In der für morgen anberaumten Sitzung des Generalraths der österreichisch ungarischen Bank wird der „Press“ zufolge der Antrag auf Heraushebung des Diskonts für Wechsel und des Lombardzinsfusses eingebracht werden. Die Annahme des Antrages kann bei den gegenwärtigen Verhältnissen des Geldmarktes und der Bank als sicher angesehen werden.

Bpest. 31. Januar. Die Unabhängigkeitspartei lehnte mit Stimmengleichheit die von Ugron beantragte Ausschließung Szalay's, Simonyi's, Szell's und Ondry's ab, welche bei der Berathung, der Petition wegen Aufhebung der Judenemanzipationsgesetze gegen den Beschluß der Partei Stellung genommen hatten. Polonyi und Hermann zeigten deshalb ihren Austritt aus dem Klub an.

Bern. 30. Januar. Die Bundesversammlung ist auf den 2. April einberufen worden.

Paris. 31. Januar. Der Konseilspräsident Fallières hat die Nacht gut verbracht; das Unwohlsein desselben nimmt einen normalen Verlauf. Heute früh befand sich Fallières in einem Zustand starker Erholung.

Paris. 31. Januar. Die Abendblätter nehmen als wahrscheinlich an, daß die vollständige Wiederherstellung Fallières mehrere Tage der Ruhe erfordern werde und daß der Justizminister Devès beauftragt werden dürfe, die Regierung morgen in der Kammer zu repräsentieren. Das Journal „Paris“ sagt, General Camponotus habe das Kriegsporteufeuille definitiv abgelehnt.

Die Anklagelämmen wird in der Affäre Napoleon wahrscheinlich Ende dieser Woche Beschluß fassen. — Der Drucker des Manifestes des Prinzen Napoleon ist zu einer Geldstrafe von 400 Frs. verurtheilt worden.

Lüttich. 30. Januar. Dem Journal „La Meuse“ zufolge muß der König aufs Neue das Zimmer hüten. Die Ärzte haben ihm absolute Ruhe anempfohlen.

London. 31. Januar. Wie der „Times“ gemeldet wird, sind auch in Hamilton im englischen Oberkanada für die in Deutschland durch die Überschwemmungen Geschädigten 1118 Dollars gesammelt worden.

Petersburg. 30. Januar. Der Minister des Auswärtigen, von Giers, ist heute Abend hier wieder eingetroffen.

Bukarest. 31. Januar. Das amtliche Blatt veröffentlicht ein Rundschreiben des Ministers des Innern an die Präfekten, in welchem den Behörden die Beeinflussung der bevorstehenden Kommunalwahlen streng untersagt wird.

Lima. 30. Januar. Eine dem „Diario oficial“ zugegangene Depesche vom 30. d. M. heißt mit, daß die Monteneros

die Stadt Piura in Peru angegriffen hätten, aber geschlagen worden seien, wobei auf beiden Seiten Mehrere getötet wurden. Der Anführer der Monteneros soll gedroht haben, seinen Angriff zu erneuern.

Paris, 1. Februar. General Thibaudin ist zum Kriegsminister ernannt.

Berantwortlicher Redakteur: G. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Anzeigen
übernimmt die Redaktion kein Verantwortung.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 167. kgl. preuß. Glassen-Lotterie.

(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

(Ohne Gewähr.)

Berlin, 31. Januar. Bei der heutigen fortgesetztenziehung

folgende Gewinne gezogen worden:

36 77 113 313 59 93 490 519 82 84 (550) 640 726 65

83 56 924 27 96 (300) 1013 25 35 102 74 260 318 83 93

403 8 (3000) 12 66 85 89 93 526 (300) 33 64 614 44 49 68 97

818 55 84 89 93 (550) 99 924 41 2056 194 (3000) 99 205 72

205 64 83 (300) 435 47 55 72 96 (300) 98 567 92 617 47 66 88

721 889 (300) 931 50. 3087 108 75 211 38 703 7 69 423

617 39 73 728 36 57 92 876 78 931 39 63 67. 4010 1 8 41 70

262 (3000) 77 (1500) 79 331 512 73 87 641 725 55 (550) 829

74 927 (300) 5002 70 84 145 208 93 326 (550) 427 (1500) 90

581 625 708 64 94 836 (300) 96 979. 6096 (550) 103 (6000)

13 75 79 92 (3000) 402 71 (550) 526 85 681 703 (550) 838

70 72 88 925 28 (300) 35 38 (3000) 53 99. 7001 50 52 58 117

61 245 85 333 401 514 (300) 21 655 891 (550) 94. 8007 163

68 85 232 (300) 49 (3000) 309 35 48 438 528 60 66 (1500) 605

6 43 74 758 827 70 78 958 (550). 9027 32 78 (300) 103 41 65

210 (300) 72 (550) 307 (300) 41 52 96 421 (1500) 40 (300) 79 509

23 63 703 832 926 69 84 90.

10000 159 82 266 (1500) 381 411 35 49 (550) 528 (550)

30 54 80 609 68 818 88 931 93 (3000) 98. 11086 116 219

(1500) 58 394 580 (300) 654 68 93 724 42 72 (3000) 84 864 908.

12018 93 96 (300) 112 72 76 (300) 231 48 52 72 368 472 507

601 49 86 (300) 775 94 802 4 9 58 87 (300) 993 (550). 13058

227 38 341 (300) 81 (300) 84 402 (300) 3 47 91 523 (300) 49 52

68 612 27 803 70 (550) 76. 14047 50 214 56 (300) 350 55 81

86 447 (300) 643 (550) 77 729 78 (300) 81 99 895 961 72 89.

15004 (550) 71 122 26 260 77 (3000) 83 323 29 (3000) 55 (550)

69 (300) 422 599 628 69 829 49 909 11 (300) 58 (300) 69 (300)

70. 16079 88 124 41 (300) 224 340 73 414 90 536 58 628 93

732 66 73 (300) 821 (1500) 26 52 (1500) 98 946 81. 17006 51

(1500) 92 212 20 30 (300) 54 71 74 (300) 78 336 434 63 68 75

543 45 (300) 71 (550) 612 726 824 (15000) 82 916 26 34 75.

18038 131 54 78 231 33 35 38 (550) 53 61 (300) 82 331

37 89 96 97 401 7 (3000) 63 66 74 596 676 710 55 67 (550) 812

50. 19001 48 112 16 57 391 (3000) 441 75 (300) 543 51 69 91

612 34 (6000) 732 812 53 98 921 26 (300) 27 39 73 83 94.

20012 54 66 (300) 105 12 (300) 301 73 78 (300) 473 94 95

540 715 (300) 26 28 48 829 (3000) 57 969 92 97. 21006 83

132 48 58 (3000) 254 355 81 412 40 59 63 67 614 45 (300) 87

720 91 887 51 80 90 98 940 75. 22078 98 120 52 54 66 250

76 95 (300) 302 411 74 76 519 46 (300) 82 96 (550) 97 609 12

(300) 19 71 703 7 83 894 (550) 923. 23040 157 86 (3000)

206 98 381 98 (300) 504 29 (1500) 34 51 (300) 622 (300) 23

(1500) 90 (1500) 708 38 802 29 54 912. 24020 (550) 145 70

(550) 239 40 60 76 (1500) 90 309 66 420 39 82 515 69 634

53 (1500) 60 715 61 93 843 65 83 918 (450,000) 39. 25048 183

246 335 65 422 38 45 75 (300) 89 (3000) 564 632 771 938

40 89. 26087 40 75 78 159 202 307 8 11 (550) 52 (300) 85

405 (1500) 42 57 574 610 88 704 (300) 9 11 15 25 29 817

(3000) 36 44 52 72 (550) 85 942 (300) 46 50. 27002 (3000) 53

67 (300) 75 110 36 60 69 (300) 96 203 17 50 63 71 370 479

502 608 47 (550) 716 26 66 68 97 956. 28963 67 70 83 328

57 465 557 654 61 737 890 946. 29006 121 30 (3000) 35

249 (300) 325 54 445 84 501 20 56 98 (300) 609 58 81 764

803 (300) 5 943 92.

30036 (1500) 79 150 54 76 213 74 81 90 (1500) 465 (3000)

86 619 75 99 759 806 (300) 19 38 55 63 99 924 49 (300) 54

85. 31080 116 45 47 223 337 42 401 35 44 51 88 (1500) 303

92 622 25 93 727 48 62 (300) 83 927 (550) 53 89 (550). 32021

52 70 88 214 (1500) 43 57 73 (3000) 322 (300) 32 40 69 426 42

56 68 651 (3000) 746 95 856 (550) 904 17 34 (550) 45. 33116

263 303 84 408 92 596 (6000) 649 (300) 75 92 700 27 43

(3000) 57 80 829 31 (300) 32 36 82 976. 34021 28 31 (300) 35

(1500) 113 88 250 (300) 310 13 68 (300) 88 93 444 50 71 518

(1500) 62 659 87 (300) 703 29 813 15 24 25 974 (300). 35023

72 91 92 136 256 63 95 351 79 92 98 424 48 594 624 (300)

91 766 984. 36009 22 66 70 83 132 65 (1500) 252 (300) 58

86 307 79 406 523 55 (300) 58 87 685 (300) 724 56 811 900

33 76 79. 37068 179 87 204 (3000) 64 69 79 332 73 417 45

(300) 613 85 (300) 737 51 (550) 73 84 854 (550) 915 (300) 16

56. 38022 86 (30) 202 (550) 65 (550) 388 403 (3000) 13 23

(6000) 28 42 44 48 500 684 758 (550) 70 (550) 813. 39065

141 221 54 60 305 (300) 21 450 73 733 46 65 820 (3000) 31

61 64 (30) 88 93 915 54.

40086 92 121 63 230 47 64 68 (3000) 380 433 54 523

(1500) 846 60 850 72 78 915 66. 41000 (550) 47 83 110 24 72

81 352 (550) 91 410 27 544 71 (550) 843 (550) 96 931. 42043

(300) 48 (550) 104 310 (550) 48 437 62 572 (300) 703 17 33

76 926 29. 43022 31 46 103 56 67 74 86 294 304 34 446 95

(300) 568 75 604 701 60 64 832 36 72 89 942. 44021 49 149

(550) 80 213 61 326 40 50 415 73 516 41 (300) 659 85 703

39 43 83 962. 45069 176 96 215 76 (3000) 311 30 512 50

(550) 64 609 57 78 720 818 34 (300) 59 (1500) 908 13 93.

46015 80 132 44 248 342 468 533 625 750 (1500) 800 84

47125 26 35 74 (550) 213 59 (300) 83 428 569 87 90 74

Produkten-Börse.

Berlin, 31. Januar. Wind: Sd. Wetter: Nachkrost; schön. Der heutige Markt verlor für die meisten Artikel ziemlich lustlos und matt, und selbst Rübel folgte dem von auswärts gegebenen Hauss-Impuls nur recht schwäfig.

Loko-Wiegen vernachlässigt. Für Termine musste mäßiges Realisationsangebot etwas reduzierte Course acceptiren, da Käufer sich hinter solche zurückzogen. Der Schluss blieb dann auch recht matt. Von Kündigungswaare wurde heute eine Ladung nach hier geschlossen.

Loko-Rogggen, mäßig angeboten, war nur schwach begehrte und ging zu schwach behaupteten Preisen schwäfig ab. Im Terminkandel wirkten die gestern erwähnten Momente fort. Die Platzspekulation blieb mit verhältnismäßig billigen Prämien im Markte und leistete durch deren Abgabe der rückgängigen Tendenz Vorschub. Course schlossen etwa 1 M. niedriger als gestern.

Loko-Hafer nur in seiner Waare beachtet. Termine bei unveränderten Notirungen matt. — Roggenmehl schwach preishaltend. — Mais still. Termine eher fest. — Rübel setzte zwar fest, aber nicht im Verhältnis zur Pariser Haufe höher ein, ermittelte sogar im weiteren Verlaufe durch flottes Realisationsangebot und schloss nur unerheblich theuerer als gestern.

Petroleum besser. — Spiritus behauptete gestrige Notirungen bei mäßig belebtem Geschäft und schloss auch ziemlich wie gestern. Die heutige Lager-Aufnahme ergab, ausschließlich der Vorräte bei den Fabrikanten, ca. 4 Millionen Liter.

(Amtlich) Weizen per 1000 Kilogramm loko 123—200 Mark nach Qualität, ver diesen Monat — ver April—Mai 180,05—180

bez., Mai—Juni 182,75—182 bez., Jun.—Juli 184,5—184,25 bez., Juli—August — bez., September — bez., September—Oktober — bez., Gesündigt — 3tr. Kündigungspreis — M. per 1000 Kilogr. Durchschnittspreis 177 M.

Rogggen per 1000 Kilogramm loko 115—134 nach Qualität, inländischer Hammer 117—125, guter 128—132, feiner — Markt ab Bahn bez., per diesen Monat 135, per Januar—Februar 137,75 bez., per April—Mai 136,5—136 bez., Mai—Juni 136,75—137—136,75 bez., per Juni—Juli — bez. Gesündigt 22,000 Ctr. Kündigungspreis — M. 1000 Kilogr. Durchschnittspreis 135 M.

Hafer per 1000 Kilogramm loko 115—153 nach Qualität, ver diesen Monat —, per April—Mai 122 bez., per Mai—Juni 122,75 nom. Gesündigt — Centner. Künd. — M. per 1000 Kilogr.

Mais loko 135—145 nach Qualität, ver diesen Monat — M. Donaumais — M. bez. Gesündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. per 1000 Kilogr.

Erbsen Kochwaare —, Futterwaare — per 1000 Kilogramm nach Qualität.

Rogggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unversteuert infl. Sac per diesen Monat 20,10 nominell, per Januar—Februar 19,75 bis 19,70 bez., per Februar—März 19,70—19,65 bez., per März—April 19,70—19,65 bez., April—Mai 19,70—19,65 bez., Mai—Juni — bez. Gel. 500 Centner. Durchschnittspreis 20,10.

Weizengemehl Nr. 0 26,50—25,00, Nr. 0 24,50—23,00, Nr. 0 u. 1 22,50—21,50. — Roggenmehl Nr. 0 21,50—20,50, Nr. 0 u. 1 20—18,75. Keine Marken über Notiz bezahlt. Durchschnittspreis — Mark.

Rübel per 100 Kilogramm loko mit Fak —, ohne Fak 73,8 bez.

per diesen Monat — bez., per Januar—Februar 73,7 bez., per Mai 75—74 bez., per Mai—Juni 71,5—71,1 bez., per Juni—Juli — bez., per Juli—August — bez., Sept.—Oktober 63—63,2 M. bez. Gel. — Dr. Durchschnittspreis —

Petroleum, raffinirtes (Standart white) per Ctr. mit Fak in Posten von 100 Centner, loko 24,5 bez., per diesen Monat 24,5 bez., Januar—Februar 24,2—24,3 bez., per Februar—März 24—24,1 bez., per März—April 23,1 M., September—Oktober — bez. — Gesündigt — Centner. Durchschnittspreis 24,5 M.

Spiritus. Per 100 Liter a 100 Prozent = 10,000 Liter v.C. loko ohne Fak 50,9 M. bez., loko mit Fak — bezahlt, per diesen Monat 51 bez., per Januar—Februar 51 per Februar—März 51 bez., per April—Mai 52,2—52,5—52,4 bez., Mai—Juni 52,5—52,7—52,6 bez., per Juni—Juli 53,4—53,5 bez., per Juli—August 54,1 bez., per August—September 54,4—54,5 bez. — Gesündigt 10,000 Liter. Durchschnittspreis 51 Mark

Bromberg, 31. Januar. [Bericht der Handelskammer]

Weizen unverändert, hochbunt und glaßig feinster 176—180 hellbunt 145—175 Mark, abfallende Qualität 120—135 M. — Roggen seine Qualität behauptet, loko inländ. feiner 122—124 M. mittlere Qualität 118—121 M. geringe Qual. 112—115 M. — Gerste nominell, keine Brauwaare 125—135 Mark. große und kleine Müllergerste 105—115 Mark. Futtergerste 95—100 Mark. — Hafer loko 105—125 M. — Erbsen. Kochwaare 150—165 M. Futterwaare 130—140 M. — Mais, Rüben und Raps ohne Handel — Spiritus pro 100 Liter à 100 Prozent 48,00 bis 48,50 Mark. — Pfeifentüre 200,00 Mark.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 31. Januar. Die heutige Börse eröffnete bei niedrigeren Kurien auf spekulativem Gebiet in schwacher Haltung. In dieser Beziehung waren die matteren Notirungen, welche von den fremden Börsenplänen vorlagen, und namentlich Pariser Meldungen von bestimmendem Einfluss. Das Geschäft entwickelte sich Anfangs ruhig, gestaltete sich aber später etwas lebhafte und zugleich trat eine Befestigung der Tendenz ein.

Der Kapitalmarkt erwies sich recht fest für heimische solide Anlagen, während fremde, festen Zins tragende Papiere, welche mehr den Bewe-

gungen des Spekulationsmarktes folgen, ihren Preisstand nicht ganz behaupten konnten.

Die Kassawerte der übrigen Geschäftszweige blieben ruhig bei ziemlich festen Gesamtbaltung.

Der Geldstand ist flüssig.

Der Privatdiskont wurde mit 2½ pt. notirt.

Auf internationalem Gebiet letzten Österreichische Kreditaktien niedriger ein konnten sich aber weiterhin wieder etwas erholen; auch Franzosen waren matter und ziemlich belebt. Lombarden wenig beachtet.

Von den fremden Fonds sind Russische Anleihen als schwächer zu nennen; auch Ungarische Goldrente abgeschwächt, Österreichische Renten und Italiener wenig verändert.

Deutsche und preußische Staatsfonds wiesen in recht fester Haltung ziemlich gute Umsätze auf; preußische konsolidierte Anleihe und Reichsanleihe höher; inländische Eisenbahnprioritäten fest und theilweise gefragt.

Bankaktien waren meist behauptet und ruhig; Disconto-Kommandit-Antheile matter, Deutsche Bank behauptet.

Industriepapiere waren meist ziemlich fest und ruhig; Montanwertp. behauptet; die spekulativen Laurahütte und Dortmund Union matter.

Inländische Eisenbahnaktien behauptet und ruhig, Marienburg-Markt wenig verändert, Ostpreußische Südbahn Anfangs schwach, dann erheblich steigend, Oberschlesische unverändert.

Umrechnungs-Täste: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franks = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Wochsel-Kurse.	Ausländische Fonds.	Eisenbahn-Stamm- und Stammb.-Prioritäts-Aktien	Berlin-Dresden. St. g. 4	102,40 G	Dest. B. (Elberb.) 5	84,70 bG	Kordd. Bank	104 156,25 bG
Amerik. 100 fl. 8 T. 5½	Newyork. St.-Anl. 6 128,10 G	Dividenden pro 1881.	Berl.-Görlitzer son. 4	102,40 B	Kaib.-Graz (Prarl.) 4	84,60 G	Kordd. Grunbl.	0 47,25 G
Brüss. u. Antwerpen 100 Fr. 8 T. 4	do. do. 7 120,20 G	do. Lit. B. 4	102,40 B	Reich.-P. (S.-R. B.) 5	84,60 G	Vest.-Krd. A. p. St. 104	152,50 bG	
London 1 Lfr. 8 T. 5	Finnländ. Loose — 49,20 bG	Altona.-Kiel. 10 225,25 bG	do. Ill. ton. 4	Schweiz-Ctr. N.O.B. 4	103,20 bG	Oldens. Spar.-B. 15	108,00 bG	
Paris 100 Fr. 8 T. 3½	Italienische Rente 5 87,40 ebG	Berlin-Dresden 0 13,50 bG	Berl.-P.-Rbg. A. 4	Söd. Bahn. 100fl. (Lomb.) 3—80	101,00 G	Petersb. Dis.-B. 14	128,00 bG	
Wien, östl. Währ. 8 T. 5	do. Tabaks-Obl. 6 82,00 ebG	Berl.-Hamb. I. II. E. 4	101,00 B	do. do. neue 3	283,30 bG	Petersb. St. B. 12	89,75 G	
Petersb. 100 R. 3 W. 6	do. Papier-Rente 4½ 66,00 bG	Bresl.-S.-Fr. 4	104,20 bG	do. do. neue 3	283,30 bG	Pomm. Hyp.-Bl. 0	41,25 G	
Warsch. 100 R. 8 T. 6	do. do. 5 78,50 bG	Dortm.-Gron.-E. 2 57,10 bG	Berl.-St. ll. III. VI. 4	do. Obligat. gar. 5	101,20 B	Poener Prov. 7½	119,25 G	
	do. Silber-Rente 4½ 66,40 bG	Halle.-Sor.-Gub. 0 24,80 bG	B.-Schw.-F.-D.E.F. 4	Theißbahn 5		Pos. Landsh. B. 5		
	do. 250 fl. 1854 4	Rainz.-Ludwigsb. 3½ 97,40 bG	do. Lit. G. 4	Bol. Syrit.-Bank 5		Bol. Syrit.-Bank 5	69,40 bG	
	do. Kredit. 1858 316,00 bG	Karb.-Märkta. 3½ 116,50 bG	do. Lit. H. 4	Breß. Bodn. B. 6		Breß. Bodn. B. 6	107,90 bG	
	do. Lott.-A. 1860 5 120,75 ebG	do. Lott.-A. 1860 5 120,75 ebG	do. Lit. I. 4	Br. Entr. Bd. 40		Br. Entr. Bd. 40	123,25 G	
	do. 4,20 G	do. 13,50 bG	do. Lit. K. 4	Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4		Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4	83,00 bG	
	do. Imperials pr. St. 22,50 bG	do. 1864 318,75 G	do. de 1876 5 104,80 bG	Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4		Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4	87,50 G	
	do. Engl. Banknoten 20,41 bG	do. do. kleine 6 90,00 B	do. 1876 5 104,75 B	Borarlberger gar. 5		Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4	108,00 bG	
	do. Französl. Banknot. 81,60 bG	do. do. 1875 5 82,25 G	do. 1879 5 100,70 G	Kasch.-Ob. g. G. Br. 5		Kasch.-Ob. g. G. Br. 5	147,00 bG	
	do. Destr. Banknot. 170,50 bG	do. do. 1875 5 83,20 B	do. V. 4 101,00 B	Dest. Krd. Gold.-P. 5		Kasch.-Ob. g. G. Br. 5	99,90 bG	
	do. 200,50 bG	do. do. 1875 5 83,20 B	do. VI. 4 104,90 B	Reich.-P. Gold.-Br. 5		Sächsische Bank 5	121,60 bG	
		do. do. 1875 5 83,20 B	do. VII. 4 102,60 bG	Reich.-P. Gold.-Br. 5		Schaffb. B.-Ver. 3	87,00 bG	
		do. do. 1875 5 83,20 B	do. Lit. C. 4 103,25 G	Rost.-Grajewo 5		Schles. Bank-B. 6	109,20 G	
		do. do. 1875 5 83,20 B	do. 1875 5 102,25 G	Charl.-Krem. 5		Süd.-Bod. Kre. 7	130,25 ebG	
		do. do. 1875 5 83,20 B	do. 1875 5 102,25 G	Charl.-Krem. 5		Wart. B.-Kom. 8	81 117,00 bG	
		do. do. 1875 5 83,20 B	do. 1875 5 102,25 G	Charl.-Krem. 5		Wart. B.-Kom. 8	74,00 G	
		do. do. 1875 5 83,20 B	do. 1875 5 102,25 G	Charl.-Krem. 5		Beimar. Bl.-Konv. 9	91,25 G	
		do. do. 1875 5 83,20 B	do. 1875 5 102,25 G	Charl.-Krem. 5		Württ. Vereinsb. 9	128,75 G	
Fonds- und Banknoten.		Hypotheken-Certifikate.						
		D.G.-C.-B.-Pfr. 110/5 107,80 bG	Albrechtsbahn 1 146,25 bG	do. do. 1875 5 104,25 G				
		do. IV. rüdg. 110/4 103,25 G	Kufl.-Töplitz 14½ 52,25 B	do. do. 1875 5 104,25 G				
		do. V. do. 100/4 94,10 bG	Baltisch.-Töplitz (gar.) 3 52,25 B	do. do. 1875 5 104,25 G				
		D.G.-P.IV.V. VI 5 103,40 bG	Böh.-Westb. (gar.) 7½ 122,75 bG	do. do. 1875 5 104,25 G				
		do. do. 102,75 bG	Durp.-Bodenbach 6 131,00 bG	do. II. S. & 62½ Cbl. 4 100,10 bG				
		do. do. 100,80 bG	Eli. Westb. (gar.) 5 89,10 bG	R.-M. Ob. I. II. S. 4 100,90 bG				
		do. do. 96,00 G	Gal. (C.-L.-B.) gr. 7½ 126,70 bG	do. III. Ser. 4 101,00 G				
			(6) 105,80 bG	Nordb.-Erfurt I. E. 4 102,				